



Jahreslosung 2013:
Wir haben hier keine bleibende Stadt,
sondern die zukünftige suchen wir.
(Hebräer 13,14)

BERICHT
ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE
BEDEUTSAMEN EREIGNISSE

der Landessynode
gemäß Artikel 139 der Kirchenordnung
erstattet von

Präses Dr. h.c. Nikolaus Schneider

Sperrfrist: 7. Januar 2013, 11.00 Uhr
(Es gilt das gesprochene Wort.)

	Seite
I	Theologische Vorbemerkungen zur Jahreslosung..... 3
II.	Nichts muss bleiben, wie es ist 5
II.1	Strukturen und Ordnungen unserer Kirche können verändert werden.....
	6
II.2	Vergangene Ereignisse eröffnen neue Perspektiven für die Gegenwart.....
	9
II.3	Getrennte Verschiedenheit wird zu einer Ökumene der Gaben
	12
III.	Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes führt zum Diskurs mit Religionen und Weltanschauungen..... 15
III.1	Der interreligiöse Dialog widerspricht der Verabsolutierung von menschlicher Gotteserkenntnis.....
	15
III.2	Die Auseinandersetzung mit säkularen Weltanschauungen widerspricht der Verabsolutierung menschlicher Möglichkeiten und Fähigkeiten.....
	19
IV.	Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes lässt Christenmenschen nach dem „Besten“ für ihre irdischen Städte suchen:..... 21
IV.1	Gottesfurcht und Menschenliebe prägen unsere bioethischen Voten und Entscheidungen
	21
IV.2	Der Auftrag, Gottes Schöpfung zu bewahren, motiviert unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Umweltpolitik
	24
IV.3	Schritte zu gerechtem Frieden lassen Gottes Frieden auf Erden Wurzeln schlagen.....
	25
IV.4	Gottes besondere Liebe für Benachteiligte motiviert uns immer wieder neu nach sozialer Gerechtigkeit zu suchen.....
	29
V.	Persönliche Schlussbemerkungen 31

BERICHT ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE BEDEUTSAMEN EREIGNISSE

I. Theologische Vorbemerkungen zur Jahreslosung

„Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ – diese Losung für das Jahr 2013, Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, weist uns einen Weg, unsere Gegenwart getrost und hoffnungsvoll zu gestalten. Einen Weg, unserer Städte und unserer Kirche „Bestes zu suchen“.

Dass dieses Losungswort aus dem Hebräerbrief nicht als Aufforderung zur Weltflucht zu verstehen ist, macht sein Zusammenhang klar:

Der Hebräerbrief fordert Christinnen und Christen auf zur geschwisterlichen Liebe und zur Gastfreiheit über die Familienbande hinaus. Er warnt vor Gier, legt das Teilen ans Herz und erwartet, dass Christinnen und Christen Gutes tun und dem „Frieden nachjagen“ (Hebr 12,14).

Der Hebräerbrief hat dabei Gemeinden im Blick, die Bedrückung kennen; die Menschen in ihren Reihen hat, die um ihres Glaubens willen misshandelt und ins Gefängnis geworfen wurden. Er erwartet, dass sich die Gemeinden trotz möglicher Gefährdung nicht von den Verfolgten abwenden, um die eigene Haut zu retten.

Stellt euch der Situation, dass Verfolgung und Leiden zu eurem irdischen Leben dazugehören. Und: Geht nüchtern und realistisch mit den Herausforderungen eurer Gegenwart um. So fasse ich die Botschaft des Hebräerbriefes für die jungen Christengemeinden zusammen – und sie gilt durch die Zeit getragen auch für uns heute.

Der Hebräerbrief sieht eine wesentliche Herausforderung darin, den Glauben auch in persönlichen Anfechtungen und in unsicheren Zeiten durchzuhalten. Es geht darum, die Lebenshaltungen zu bewahren, die Jesus Chris-

tus gelebt und gelehrt hat – und nicht um jeden Preis das eigene Leben oder den eigenen Lebensstandard abzusichern. Es geht darum, das Gottvertrauen nicht zu verlieren – auch und gerade in den Zeiten, in denen die Gemeinden Gottes machtvolles Eingreifen schmerzlich vermissen. Es geht darum, in den Umbrüchen der Zeit mit der Zeit zu gehen, ohne sich orientierungslos anzupassen.

Wie kann das gelingen?

Der Hebräerbrief antwortet: Indem wir auf Christus schauen!

Die Paulusbriefe machen uns klar, dass die Beachtung des mosaischen Gesetzes für das menschliche Zusammenleben segensreich ist, nicht aber die ewige Seligkeit bei Gott herbeiführen kann. Für den Hebräerbrief ist Christus zugleich der opfernde Hohepriester und das letztgültige hohepriesterliche Opfer. In Kreuz und Auferstehung Christi ist die Versöhnung ein für allemal geschehen. Daran sollen wir uns orientieren. Dem sollen wir vertrauen. Das ist Grund und Hoffnung für unser Leben, für unser vergängliches Leben hier auf der Erde und für unser unvergängliches Leben im Gottesreich.

Das verdichtet der Hebräerbrief in der Jahreslosung:

Hier auf dieser Erde haben Menschen keine bleibende Stadt. Nichts von dem, was wir Menschen hier auf der Erde gestalten und bauen, erstreiten, erkämpfen und vertreten, wird ewigen Bestand haben. In dem Verlangen nach etwas, das bleibt, müssen Menschen sich auf die Suche nach Gott und nach seiner ewigen Stadt machen. Nur dann werden sie sich mit ihren Bemühungen um Sicherung und Bewahrung ihres Lebens nicht selbst zu Narren machen.

Im Blick auf Christus wird uns die Suche nach Gott und nach der zukünftigen Stadt Gottes nicht zur Weltflucht. Und sie wird uns nicht in ein illusionäres Wolkenkuckucksheim führen. Sie führt uns vielmehr zu unseren leidenden Mitmenschen und mitten hinein in die Krisen unserer Welt.

Der alttestamentliche Hohepriester verließ das sichere Lager und brachte das Opfer außerhalb dar. Und so verließ auch unser Hohepriester Christus die Heilige Stadt Jerusalem und wurde außerhalb der Stadtmauern „draußen vor dem Tor“ gekreuzigt. Deshalb heißt es im Hebräerbrief direkt vor unserer Jahreslosung: „So lasst uns zu ihm hinausgehen aus dem Lager und seine Schmach tragen“.

„Draußen vor dem Tor“ – da sind die Orte, an denen Menschen auch heute noch kreuzigen und gekreuzigt werden, um es mit dem Bild des Hebräerbrieves zu sagen. Da sind die Orte, an denen Menschen nach Gott und nach mitmenschlicher Hilfe schreien. Da sind die Orte, an die uns unsere Suche nach Gott und nach seiner ewigen Stadt führen will.

Der Weg zu unserer himmlischen Heimat führt zwangsläufig zu den irdischen Orten, an denen unser Mit-Leiden, unsere Barmherzigkeit und unser Tun des Gerechten gefragt sind.

Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes verdichtet sich zu einer tätigen Sehnsucht nach Frieden, Gerechtigkeit und nach Fülle des Lebens für alle Menschen an allen irdischen Orten. Christen und Christinnen trägt die Verheißung, dass bei Gott und durch Gott anderes und Besseres möglich ist als Schuldenkrisen und Fremdenhass, als Armut, Ausbeutung und Gewalt, als Kinderfeindlichkeit und Treulosigkeit. Deshalb suchen wir im Licht der zukünftigen Stadt Gottes unserer Städte Bestes schon hier auf der Erde!

II. Nichts muss bleiben, wie es ist

Die Jahreslosung befreit uns davon, Bestehendes zu zementieren. Sie ermutigt uns: Gib dich nicht einfach zufrieden mit dem „Hier und Heute“ deines Lebens, brich immer wieder neu auf.

II.1 Strukturen und Ordnungen unserer Kirche können verändert werden.

Auch für das Ordnungsgefüge unserer Evangelischen Kirche im Rheinland gilt: Kein Gesetz, keine Verordnung, keine Regelung ist unveränderbar.

Allerdings haben einzelne Ordnungselemente eine unterschiedliche Wertigkeit. So wird der Grundartikel nur angesichts grundlegend neuer Erkenntnisse im Verstehen der Heiligen Schrift verändert. Das geschah zuletzt nach dem Beschluss der Synode über die Erneuerung des Verhältnisses zwischen Christen und Juden.

Eine Besonderheit unserer rheinischen Kirchenordnung ist, dass sie eine Gewaltenteilung nicht kennt. Damit ist sie im politischen Sinn nicht demokratisch. Auch die notwendigen Instrumente demokratisch-politischen Lebens wie zum Beispiel das Gegenüber von Regierung und Parlament oder die Willensbildung mit Hilfe von Parteien gehören nicht zur Ausgestaltung unseres Leitungsgefüges. Die Kirchenordnung will vielmehr jeder Parteibildung wehren. Auch Gruppen zur Organisation der Meinungsbildung oder der Vorbereitungen von Wahlen sind – anders als in anderen Landeskirchen und bei der Synode der EKD – nicht vorgesehen.

Die Mütter und Väter unserer Kirchenordnung wollten mit dieser Form der Ordnung im Sinne der Barmer Theologischen Erklärung ein Bekenntnis dazu ablegen, dass Christus das eine und einzige Haupt der Kirche ist. Der Leitung der Kirche durch den einen Christus soll die aus der einen Landessynode abgeleitete Leitung der rheinischen Kirche entsprechen.

Die Synode ist Kirchenleitung, also Exekutive. Darüber hinaus aber ist sie durch ihr gesetzgeberischen Handeln auch Legislative und durch ihre Wahl der Kirchengerichte Judikative. Es ist eine offene Frage, ob sie im extremen Ausnahmefall die Judikatur auch an sich ziehen könnte.

Diese umfassende Leitungsfunktion der Synode kann meiner Ansicht nach nur gelingen, wenn bestehende Verfahrensregeln strikt eingehalten und auch tradierte „ungeschriebene Regeln“ beachtet werden.

Unsere Ordnung sieht vor, dass Entscheidungen **kollegial** gefasst werden. Wir sind davon überzeugt, dass der Leitungswille des Herrn der Kirche sich auf diese Weise angemessen durchsetzen kann. Gemeinsame Beratung, die sich um Einmütigkeit bemüht, soll dem Wirken des Heiligen Geistes Raum geben – also eben nicht die Bindung der Leitungskompetenz an ein Weihe-Amt. Und auch nicht ein durch Fraktions- oder Parteibildung gehäarter Meinungskampf.

Unsere Ordnung kennt aus diesen Grundüberlegungen heraus kein Bischofsamt. Die Synode selbst übt manche Bischofsfunktionen aus, ebenso die Superintendentinnen und Superintendenten, aber nicht der oder die Präses. Sie oder er leitet die Verhandlungen der Synode, deshalb ist der Titel so gewählt. Und im Übrigen vertritt er oder sie die Evangelische Kirche im Rheinland in der Öffentlichkeit und gegenüber der Ökumene. Er oder sie führt den Vorsitz in der Kirchenleitung und im Kollegium des Landeskirchenamtes (Art. 156 KO).

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat damit eine Ordnung, die von prägnanten theologischen Grundüberlegungen ausgeht. Es mag sein, dass für Manche diese theologischen Grundüberlegungen ihre Überzeugungskraft verloren haben. Für mich nicht.

Ich werbe an dieser Stelle dafür, unsere Kirchenordnung nicht allein unter pragmatischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Und ich „oute“ mich zugleich als ein theologischer „Fan“ – aber nicht als ein „Ultra“! – der rheinischen Ordnung. Ich habe in meiner pfarramtlichen Tätigkeit auf allen Ebenen unserer Kirche ihre Besonderheiten schätzen gelernt. Und diese Wertschätzung hat sich noch verstärkt, seit ich durch mein Amt als Ratsvorsitzender der EKD die Vor- und Nachteile anderer landeskirchlicher Ordnungen intensiver kennenlerne. Nicht zuletzt angesichts der „bbz-Krise“ gebe ich zu bedenken:

- Keine Ordnung kann unsere Kirche davor schützen, dass Kirche leitende Menschen Fehler machen, Pflichten versäumen, Vertrauen enttäuschen.

- Aber die Organisation unserer Kirche muss auf allen Ebenen sicherstellen, dass bestehende Berichtspflichten eingehalten werden und die Umsetzung von Beschlüssen überwacht wird.
- Wir alle – in Gemeinden, Kirchenkreisen und auf landeskirchlicher Ebene – müssen dort, wo Fehler geschehen, kollegial dafür sorgen, die dadurch verursachten Schäden zu begrenzen.

Neben solch grundlegenden Fragen zur Kirchenordnung, beschäftigen mich auch viele Veränderungen des Lebens unserer Kirche auf allen Ebenen.

Mit Sorge sehe ich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskirche bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und manchmal auch darüber hinaus belastet sind – und ich denke, dass das für alle Ebenen unserer Kirche gilt. Bei aller Offenheit für Veränderungen müssen wir die Belastungsgrenzen für Menschen im Blick behalten.

Gerne berichte ich an dieser Stelle davon, dass die Vorbereitungen zur Umgestaltung des Frauenreferates in ein Genderreferat einvernehmlich bewältigt werden konnten. Gerade im Blick auf eine konkrete Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit merken wir, dass wir „keine bleibende Stadt“ in unserem tradierten und gewohnten Rollendenken haben können. Ich danke allen Frauen und Männern, die sich in den letzten Jahren für Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt haben. So konnte die Zusage aus dem Galaterbrief „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“(Gal 3,28) auch in unserer rheinischen Kirche konkretere Gestalt annehmen. Und ich bitte Sie herzlich, der Vorlage zu der Umgestaltung des Frauenreferates in ein Genderreferat zuzustimmen, vor allem aber, die inhaltlichen Anliegen in Kirchenkreisen und Gemeinden weiterhin zu unterstützen.

Ein anderes Projekt konnte bisher leider nicht abgeschlossen werden. Gerade angesichts vieler organisatorischer Veränderungen war es der Kirchenleitung ein Anliegen, im Landeskirchenamt eine Kapelle als einen Ort geistli-

cher Konzentration und Ruhe zu bauen. Dass wir auch im Landeskirchenamt „keine bleibende Stadt haben, sondern die zukünftige suchen“, wäre an diesem Ort in besonderer Weise zu buchstabieren. Es wäre ein Ort, Kraft zu tanken für die alltägliche und manchmal recht zermürende Kleinarbeit bei der Suche nach evangeliumsgemäßen und menschenfreundlichen Ordnungen und Strukturen in unserer Kirche. Ich wünsche mir sehr, dass dies der neuen Kirchenleitung gelingen wird.

„Nichts muss bleiben, wie es ist“ -, diese Erkenntnis schenkt uns Freiheit zur Veränderung von Strukturen und Ordnungen, sie impliziert aber keinen Zwang zur Veränderung von bewährten Verfahrensweisen. Der so genannte „dritte Weg“ zur Regelung von kirchlichen Arbeitsverhältnissen gehört für mich zu einer sinnvollen Ordnung. Und es hat sich bewährt, dass der Staat den Kirchen eigene Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Arbeitsverhältnisse zubilligt. Ich bin froh, dass der „Dritte Weg“ durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes grundsätzlich bestätigt wurde. Konkret in Frage gestellt wird dieser Weg allerdings – und hier schließe ich mich der Einschätzung des Gerichts an –, wenn Arbeitsverhältnisse bei der Kirche vor allem aber bei der Diakonie den Erfordernissen der Dienstgemeinschaft nicht entsprechen. Wir haben also Hausaufgaben zu machen, und die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di bleibt eingeladen, sich an der Arbeit in unserer Arbeitsrechtlichen Kommission zu beteiligen.

II.2 Vergangene Ereignisse eröffnen neue Perspektiven für die Gegenwart

Weniger als fünf Jahre verbleiben bis zum Reformationsjubiläum am Reformationstag 2017. Der Spagat zwischen damals und heute, zwischen historisierender Erinnerung an die Aufbrüche in der Reformationszeit und der Vergegenwärtigung des reformatorischen Erbes in unserer Zeit prägt die Reformationsdekade zunehmend stärker.

Die Reaktionen auf die Reformationsdekade sind sehr unterschiedlich – auch in unserer Landeskirche. Sie reichen von beiläufiger Kenntnisnahme, über Anzeichen von Überforderung, dass schon wieder ein kirchliches Großereignis Engagement erfordert, über die anhaltend besorgten Fragen, was die Feier des Reformationsjubiläums für die Beziehungen der protestantischen Kirchen zur römisch-katholische Kirche bedeutet, bis zu begeistert aufgenommenen Einzelveranstaltungen und Projektreihen zu den Themenjahren der Reformationsdekade.

Die Sonderbeilage von *chrismon-spezial* in den großen Tageszeitungen zum Reformationstag 2012 hat die öffentliche Wahrnehmung der Reformationsdekade sehr verstärkt: „Hier stehe ich! – Er kann nicht anders: Martin Luther. Vielen Dank für ein Stück Freiheit. Ein Heft über die Reformation und was daraus geworden ist.“ Die eigentlich bis Mitte November 2012 begrenzte Mitmach-Aktion in diesem Heft „Welcher Satz macht Sie stark?“ läuft weiter. Eine Auswahl aus den mehr als viertausend Einsendungen wird in Kürze veröffentlicht werden.

Starke Sätze, starke Symbolhandlungen, starkes Auftreten der Protestanten – ist das der Weg das Reformationsjubiläum 2017 angemessen zu begehen? Und schenken uns auf diese Weise die Aufbrüche und theologischen Erkenntnisse der Reformationszeit neue Perspektiven für unsere gegenwärtige Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes?

Die Synode der EKD hat sich mit diesen Fragen im November 2012 intensiv beschäftigt. Uns wurde dabei klar: Die Lutherdekade und die Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 sind eine Chance, das zentrale reformatorische Thema des Versöhnungshandelns Gottes in Jesus Christus in allen Landeskirchen und auf allen Ebenen unserer Kirchen neu bewusst zu machen. Und wir laden alle Christen und Christinnen, gleich welcher Konfession und Nationalität, ein, auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017 mit uns die zukünftige Stadt Gott zu suchen. Wir hoffen, dass sich damit ein Aufbruch verbindet, das Evangelium von Gottes Menschennähe in Jesus

Christus kraftvoll und zugleich verständlich zu allen Menschen zu bringen. Ich bin guter Hoffnung, dass unser Vorstoß den Reformationstag 2017 einmalig als bundeseinheitlichen, gesetzlichen Feiertag zu begehen, umgesetzt wird. Die Signale sind jedenfalls positiv.

Dankbar dürfen wir in der Evangelischen Kirche im Rheinland zurückblicken auf das vergangene Themenjahr „Reformation und Musik“: Vielfältige kirchenmusikalische Aktivitäten haben in unserer Landeskirche viele Menschen begeistert und manche Menschen ganz neu für die Botschaft des Evangeliums geöffnet.

Während der Stafette, die wochenweise durch alle 38 Kirchenkreise lief, haben alleine in diesem Rahmen mehr als 350 kirchenmusikalische Veranstaltungen, Konzerte und Gottesdienste mit kirchenmusikalischer Prägung stattgefunden. Dabei ist deutlich geworden, in welcher begeisternder Intensität in den Kirchenkreisen der Reichtum und das Erbe des kirchenmusikalischen Schaffens eines halben Jahrtausends gepflegt und gelebt wird.

Kirchenmusik zeigte sich als ein Weg, auch im 21. Jahrhundert „missionarisch Volkskirche zu sein“. Wir erleben vielerorts, dass Menschen über die Kirchenmusik Kontakt zu ihrer Gemeinde halten oder wieder Anknüpfungspunkte an unsere Kirche und das Gemeindeleben finden. Denn sie machen die Erfahrung: In und mit Musik wird die frohe Botschaft verkündigt und Stärkung im Glauben und tragende Gemeinschaft erfahren.

Zur Beschäftigung mit der Reformation gehört aber auch, sich mit ihren Schattenseiten auseinanderzusetzen. Dazu soll uns in ganz besonderer Weise das aktuelle Themenjahr der Dekade: „Reformation und Toleranz“ motivieren. Eine leitende Frage wird sein: Was haben wir aus den Haltungen und Ereignissen der Intoleranz seit der Reformation gelernt? Wir, die Kirchen, die aus der Reformation hervorgegangen sind; wir, die Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen und pluralen Staates.

Wie wird Toleranz heute richtig verstanden – und vor allem, wie wird sie gelebt? Johannes Rau hat wiederholt darauf hingewiesen: „Toleranz ist nicht Beliebigkeit.“ Eine tolerante Haltung erfordert Vergewisserung über den eigenen Standpunkt und eine respektvolle Auseinandersetzung mit den Grundhaltungen des jeweiligen Gegenübers. Und Toleranz kann heute nicht mehr gnädig von oben herab gewährt werden, sie muss auf Augenhöhe gelebt werden.

Bei den Vorbereitungen für die Gestaltung des Reformationsjubiläums bleibt es eine besondere Herausforderung, die römisch-katholische Kirche zu einer Beteiligung zu gewinnen. Dabei greife ich gern auf die Worte der Kundgebung der letzten EKD-Synode zurück:

„Die Synode ermutigt die Kirchen, im innerevangelischen und ökumenischen Gespräch die gewachsenen Gemeinsamkeiten ebenso herauszustellen wie die bleibenden Verletzungen einzugestehen. Uns eint mehr, als uns trennt. Christus als Herrn der Welt für das 21. Jahrhundert zu verkündigen, ist die gemeinsame Aufgabe der ganzen Christenheit.“

II.3 Getrennte Verschiedenheit wird zu einer Ökumene der Gaben.

Das Bistum Trier hatte im vergangenen Jahr alle Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen eingeladen, sich an der „Heilig-Rock-Wallfahrt“ zu beteiligen. In der Evangelischen Kirche im Rheinland hat meine ausdrückliche Ermutigung während der letzten Landessynode, sich an dieser Wallfahrt zu beteiligen, heftige Debatten ausgelöst.

Im Rückblick ist mir wichtig, zwei Dinge festzuhalten:

1. Die Evangelische Kirche im Rheinland hat mit dieser Einladung und mit ihrer Teilnahme keine reformatorischen Erkenntnisse aufgegeben. Kritik an Wallfahrten im Zusammenhang mit Reliquienverehrung übt die evangelische Kirche nach wie vor. Bischof Ackermann ging es mit der Wallfahrt in Trier aber um eine theologische Einsicht, die uns mit unseren

römisch-katholischen Geschwistern verbindet: Wenn bei einem Jubiläum, Festakt oder auch bei einer Wallfahrt Jesus Christus in der Mitte steht, dann können wir in ökumenischer Gemeinschaft auch für unsere jeweilige Konfession ungewohnte Wege gehen.

2. Die christlichen Kirchen verbindet mehr als sie trennt. Trotz aller tief greifenden Unterschiede der Konfessionen reicht die Trennung nicht bis in die Wurzel und erst recht nicht bis in die zukünftige Stadt Gottes hinein. Gerade die Erfahrungen in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa haben uns gezeigt, wie Jahrhunderte lange Trennungen zwischen Kirchen der Reformation überwunden werden und zu neuer Kirchengemeinschaft in einer Ökumene der Gaben führen können.

Viele Menschen aus unseren rheinischen Gemeinden haben die Wallfahrt nach Trier genutzt, die ökumenischen Bande zu vertiefen. Auf meinem Weg durch die Innenstadt von Trier am „Tag der Ökumene“ habe ich vertraute Gesichter gesehen. Ihre Anwesenheit in Trier war Ausdruck lebendiger Ökumene vor Ort, denn Gruppen aus unseren Gemeinden haben sich gemeinsam mit römisch-katholischen Geschwistern aus deren Gemeinden auf den Weg nach Trier gemacht.

Mit den römisch-katholischen Geschwistern, mit unserer altkatholischen Schwesterkirche, aber auch mit den orthodoxen Kirchen und den Freikirchen gilt es jetzt, die ökumenischen Impulse der Wallfahrt aufzugreifen und für die Feiervorbereitungen für das Reformationsjahr 2017 fruchtbar zu machen. Dabei stellen sich als verbindende Elemente zunehmend heraus, was auch die Wallfahrt in Trier in ihren Mittelpunkt gestellt hat: Christus, der Herr der Kirche, und das Christuszeugnis in der heutigen Zeit.

Jede kirchliche Tradition braucht für das Christuszeugnis immer wieder neue Stärkung und neue Impulse. Hier können uns unsere Geschwister im Glauben über alle Konfessionsgrenzen hinweg zu Kraftquellen und Weggefährten werden.

Am 13. Oktober des vergangenen Jahres erinnerte die römisch-katholische Kirche an den Beginn des 2. Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren. Auch die evangelische Kirche hält dieses Konzil für ein Jahrhundertereignis und erinnert mit großem Respekt an den ökumenischen Aufbruch, der in verschiedenen Texten des Konzils zum Ausdruck kommt. Mit der Wahrnehmung und Anerkennung des Wirkens Gottes auch außerhalb der eigenen Kirche wurde eine Öffnung zur Ökumene möglich, die vor allem in Deutschland und auch in unserer rheinischen Kirche vielfältige Auswirkungen zeitigte. Etwa das Entstehen ökumenischer Gemeindezentren, Gottesdienste und Bibelkreise, aber auch die großen ökumenischen Veranstaltungen, wie der Ökumenische Aschermittwoch in Essen, der Ökumenische Buß- und Betttag in Trier oder die gemeinsamen Vesper-Gottesdienste vor dem ersten Advents- und Passionssonntag mit dem Erzbistum Köln sind ohne die ökumenische Öffnung durch das Konzil nicht denkbar.

Sicher bleiben Fragen offen, die wir in den ökumenischen Dialogprozess mit der römisch-katholischen Schwesterkirche einbringen. So ringen wir weiter um Gemeinschaft am Tisch des Herrn und um ein Amtsverständnis, das Laien und Frauen nicht von kirchenleitenden Ämtern ausschließt.

Für viele Christinnen und Christen hat ihre konfessionelle Bindung an Bedeutung verloren. Ausdruck dafür war im vergangenen Jahr die Wortmeldung einiger prominenter Menschen aus den beiden großen Kirchen „Ökumene jetzt – ein Gott, ein Glaube, eine Kirche“. Sie sind der Ansicht, dass die konfessionellen Unterschiede eine Aufrechterhaltung der Kirchentrennung nicht mehr rechtfertigen und fordern eine neue sichtbare Einheit in aller Vielfalt. Den Autoren und Autorinnen bin ich für ihr Engagement sehr dankbar. Es bleibt aber die schmerzvolle Einsicht: Das Papier vermittelt leider zur Lösung vieler konkreter Fragen, Probleme und Unvereinbarkeiten unseres gegenwärtigen ökumenischen Prozesses keine konkreten Anstöße. Deshalb ist seine Wirkung begrenzt.

Es verbindet alle christlichen Kirchen, dass sie Jesus Christus als das Haupt der Kirche bekennen. Und der ökumenische Dialog macht uns deutlich, dass alle christlichen Kirchen danach streben, auch durch ihre Ordnungen und Strukturen ein Zeugnis zu geben von ihrer Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes. Die verschiedenen Kirchen orientieren sich dabei allerdings an unterschiedlichen Textstellen der Bibel und kommen bei vielen Textstellen zu unterschiedlichen Deutungen. Deshalb müssen wir – auch selbstkritisch – einräumen: Eine sichtbare strukturelle Gestalt für die geglaubte geistliche Einheit der christlichen Kirchen wird in absehbarer Zeit nicht herstellbar sein. Weil wir aber gewiss sind, dass in Jesus Christus die Einheit der einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche immer schon gegeben ist, können wir gelassen und geschwisterlich mit der Vielfalt kirchlicher Strukturen und Gestalten umgehen. Wir dürfen aber unsere je eigenen Gotteserkenntnisse nicht verabsolutieren und uns nicht gegen einander profilieren. Wir können auch in je eigener Gestalt miteinander eine Ökumene der Gaben auf Augenhöhe leben.

III. Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes führt zum Diskurs mit Religionen und Weltanschauungen

Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes ist immer mit der Frage nach wahrer Gotteserkenntnis verbunden. Gotteserkenntnis aber ist Menschen auf dieser Erde nur fragmentarisch möglich. Diese Einsicht bewahrt vor Absolutheitsansprüchen.

III.1 Der interreligiöse Dialog widerspricht der Verabsolutierung von menschlicher Gotteserkenntnis

Neben der ökumenischen Verbundenheit mit anderen Kirchen beeinflusst auch das Gespräch mit anderen Religionen unsere Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes. Erst spät in ihrer zweitausendjährigen Geschichte haben

die christlichen Kirchen erkannt, dass sie dabei Menschen anderer Religionen die eigenen Einsichten nicht aufzuzwingen dürfen. Es geht vielmehr darum, im Gespräch mit Anderen Rechenschaft von unserem Gottvertrauen zu geben: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist“, heißt es in 1. Petr 3,15.

Interreligiöser Dialog ist daher, so meine ich, zunächst und vor allem ein Gespräch über die Hoffnungen und das Gottvertrauen, die uns prägen. Und dann auch über die Ethik, die Rechtsordnung und über das Handeln, das im Licht dieser Hoffnungen von uns gefordert ist.

Die Einsicht, dass uns Menschen hier auf der Erde keine absolute und vollständige Gotteserkenntnis zuteil wird, fordern die christlichen Kirchen nicht nur von sich selbst, sondern sie erwarten sie auch von anderen Religionen. Sie erheben deshalb immer wieder neu ihre Stimme gegen eine Verabsolutierung von religiösen Überzeugungen, die sich selbst zu Gewalt und Terror gegenüber Andersgläubige und zur Diskriminierung und Verfolgung ermächtigen. Sie setzen sich dafür ein – nicht zuletzt auch wegen der Geschichte ihrer eigenen Absolutheitsansprüche –, dass alle Religionen und Staaten freie Religionsausübung ermöglichen. Dazu muss auch das Recht eines jeden Menschen gehören, seine Religion zu wechseln. Und dazu gehört auch die Freiheit, von den je eigenen Hoffnungen und Gottesvorstellungen ein öffentliches Zeugnis zu geben.

Im vergangenen Jahr gab es zu meiner Freude in der neuen, großen Moschee in Duisburg einen Neuanfang des christlich-islamischen Dialoges zwischen der EKD und muslimischen Verbänden. Alle Gesprächspartner stimmten darin überein, sich von gewaltbereiten und gewalttätigen Gruppen zu distanzieren und Religionsfreiheit als ein universales Gut zu sehen, das in allen Ländern verwirklicht werden muss.

Die muslimischen Verbände möchte ich auch im Bereich unserer rheinischen Kirche ermutigen, weitergehende gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen – etwa Trägerschaften für soziale Einrichtungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen. Das, so denke ich, muss das Ziel sein: Deutsche muslimischen Glaubens bringen sich und ihre Fähigkeiten im Interesse aller in das gesellschaftliche und politische Leben ein. Und Deutsche christlichen Glaubens heißen diese Beiträge willkommen.

Ausdrücklich begrüße ich die Gründung von Lehrstühlen für islamische Theologie und die akademische Ausbildung von Imamen und Religionslehrern und Religionslehrerinnen in unserem Land. Denn faktisch fehlen sprachfähige Gesprächspartner auf muslimischer Seite, mit denen christliche Theologinnen und Theologen vor Ort einen tiefer gehenden theologischen Diskurs führen könnten. Aber ein solches Gespräch ist neben der freundlichen und durchaus erfolgreichen Zusammenarbeit in praktischen Fragen notwendig, damit Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und eine inhaltlich begründete Gemeinschaft stark werden und Bestand haben kann.

Mit keiner anderen Religion sind wir in unseren Hoffnungen und in unserer Ethik so eng verbunden, wie mit dem Judentum. Seit 1980 verstehen wir uns als rheinische Kirche gegenüber unseren jüdischen Geschwistern nicht länger als die Lehrenden, sondern zunächst als die Hörenden und Lernenden. Damit stellen wir zweitausend Jahre kirchliche Tradition auf den Kopf, in der kirchliche Arroganz gegenüber dem Judentum die Erkenntnis des Paulus vergaß, der seine heidenchristliche Gemeinde in Rom daran erinnert hat: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.“ (Röm 11,18)

Die Ehrung mit der Buber-Rosenzweig Medaille, die mir im März vergangenen Jahres zuteil wurde, habe ich ganz ausdrücklich als auch an die rheinische Kirche verliehen und als Ermutigung für uns verstanden, auf dem eingeschlagenen Weg der Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses entschlossen weiter voranzugehen. Drei Schlaglichter möchte ich in diesem

Zusammenhang herausgreifen, um zu zeigen, wo wir in diesen Fragen heute stehen:

1. Es ist gut, dass der Gesetzgeber so zügig reagiert und nach dem Urteil des Kölner Landgerichts über die jüdische und muslimische Beschneidung von Jungen wieder Rechtssicherheit hergestellt hat. Erschrocken hat mich allerdings, welchen Anfeindungen sich jüdische und muslimische Gemeinden nach dem Kölner Urteil ausgesetzt sehen mussten. Die Möglichkeit jüdischen und muslimischen Lebens in unserer Gesellschaft wurde ganz offen in Frage gestellt.

In dieser Diskussion sind auch wir als Kirche gefordert. Es ist unsere Aufgabe, für Religionsfreiheit einzutreten und mit dafür Sorge zu tragen, dass jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland willkommen ist und bleibt.

2. Nes Ammim, das christliche Dorf im Norden Israels, begeht in diesem Jahr sein fünfzigjähriges Jubiläum. Von Anfang an war unsere rheinische Kirche eng mit Nes Ammim verbunden. Das Projekt Nes Ammim hat für uns große Bedeutung: Nes Ammim bezeugt unsere Einsicht, zum Verstehen des eigenen christlichen Glaubens auf das Lernen vom Judentum angewiesen zu sein. In Nes Ammim wurde diese neue christliche Einsicht gleichsam geerdet.
3. Mit vielen Jüdinnen und Juden verbindet uns nicht zuletzt die Perspektive der Jahreslosung, dass wir hier „keine bleibende Stadt haben, sondern die zukünftige suchen“. Zusammen „mit Israel hoffen wir auf einen neuen Himmel und eine neue Erde“, heißt es daher in dem Grundartikel unserer Kirchenordnung. Denn nach der biblischen Botschaft ist es eben nicht irgendeine Stadt, auf die wir zugehen, sondern das zukünftige *Jerusalem*, wie es in der Offenbarung des Johannes heißt: „Und ich sah die heilige Stadt, das neue Jerusalem, von Gott aus dem Himmel herabkommen, bereitet wie eine geschmückte Braut für ihren Mann. Und ich

hörte eine große Stimme von dem Thron her, die sprach: Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen!“ (Offb 21,2f).

III.2 Die Auseinandersetzung mit säkularen Weltanschauungen widerspricht der Verabsolutierung menschlicher Möglichkeiten und Fähigkeiten:

Im 20. Jahrhundert wurde die Meinung vertreten, dass Religionen angesichts von Aufklärung und wissenschaftlicher Erkenntnisse absterben würden; es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis sie sich vollständig überlebt hätten.

Die völlige Bestreitung der Sinnhaftigkeit und des Existenzrechtes von Religion geht jedoch oft einher mit der Gefahr, sich durch pseudoreligiöse Weltanschauungen vereinnahmen zu lassen und menschliche Möglichkeiten und Fähigkeiten zu verabsolutieren.

Mit der Erkenntnis dieser Dialektik der Aufklärung ist zudem deutlich geworden: Die Befreiung aus selbstverschuldeter und zum Teil religiös bedingter Unmündigkeit kann nur zu leicht in die ideologisch begründete Unterdrückung von Menschen durch Menschen umschlagen.

Auch nach der Aufklärung müssen Menschen immer wieder darum ringen, die unbedingte Würde des Menschen im gesellschaftlichen Leben zu bewahren und zu befördern. Dabei werden auch künftig die Religionen eine wichtige Rolle spielen, denn sie wissen von den notwendigen und lebensförderlichen Grenzen des Menschen zu reden.

Der zunehmende Anspruch säkularer Gruppen, die Grundlagen unseres Zusammenlebens bestimmen zu wollen, zeigt sich auch in den Debatten um religiöse Selbstbestimmung. Auch das hat die Diskussion um die Beschneidung von Jungen offenbart. Es muss neu darum gerungen werden, dass religiöse Erziehung zu den Grundrechten eines Menschen gehört und dass sie seinem Wohl dient. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass in falsch verstan-

dener abstrakter Humanität alle religiöse Einflussnahme von Eltern auf ihre Kinder mit dem Verdacht einer inhumanen Bevormundung belegt wird. Unsere Verfassung garantiert Religionsfreiheit, das meint sowohl Freiheit *von* Religion als auch Freiheit *zur* Religion.

Es gibt in unserem Land eine immer größere Zahl von Menschen, die wenig über Religionen aus eigener Anschauung wissen. Die Streitbare und argumentative Auseinandersetzung in der Gesellschaft lebt aber davon, dass man sich auch in die Position der jeweils anderen einfühlen kann. Eine aktive Toleranz setzt voraus, dass man an den Ideen und Motiven der anderen Menschen interessiert ist. Sonst entsteht eine Sprach- und Verständnislosigkeit, die sich auf den Zusammenhalt der Menschen in einer pluralen Gesellschaft zerstörerisch auswirkt. Das erleben wir nicht nur bei den Auseinandersetzungen um die Beschneidung, sondern auch bei den Debatten um die Achtung religiöser Symbole und religiöser Feiertage.

Weltweit sind die Religionen in keiner Weise auf dem Rückzug, sondern gewinnen eher an Bedeutung. In Europa ist es möglich gewesen, dass sich christliche Theologie und danach auch die Kirchen mit den Anliegen und Idealen der Aufklärung verbanden. Für diese Errungenschaft müssen wir heute mehr denn je eintreten und uns dabei gleich zwei Seiten gegenüber abgrenzen: Zum einen von den weltweiten fundamentalistischen religiösen Bewegungen, die ihre Gotteserkenntnis verabsolutieren, die Gemeinschaften und Gesellschaften spalten und die im Extremfall damit Gewalt und Terror gegen Andersgläubige rechtfertigen. Zum anderen von den religionsverachtenden oder gar religionsfeindlichen Gruppen oder Verbänden, die menschliche Möglichkeiten und Fähigkeiten verabsolutieren und mit der Ehrfurcht vor Gott auch die Ehrfurcht vor der unbedingten Würde eines jeden Menschenlebens und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aufs Spiel setzen.

Ich sehe mit Sorge, dass viele Menschen in unserem Land sich erneut für Botschaften öffnen, die schlichte Antworten auf die komplizierten Fragen un-

serer Gegenwart geben. Aber so schlicht sind die Probleme nicht zu lösen, wie es etwa die rechten Bauernfänger suggerieren. Diese Ideologien erreichen vor allem jene Menschen, die sich als von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt erleben. Damit ist diese Entwicklung auch eine soziale Herausforderung: Wir müssen darauf achten, möglichst allen – vor allem jungen Menschen – eine lebenswerte Perspektive in unserer Gesellschaft zu eröffnen. In diesem Zusammenhang finde ich den Vorschlag aus der EU-Kommission höchst bedenkenswert, allen Jugendlichen Ausbildung und Arbeit zu garantieren.

Im gesellschaftlichen Diskurs müssen die christlicher Kirchen mit größerer Entschiedenheit gegenüber menschenverachtenden Positionen deutlich machen, wofür wir Christinnen und Christen stehen: für eine Gesellschaft, die die unbedingte Würde aller Menschen achtet und die das Miteinander aller Menschen fördert. Rechtsradikales Gedankengut darf keinen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben.

IV. Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes lässt Christenmenschen nach dem „Besten“ für ihre irdischen Städte suchen

„Dass Güte und Treue einander begegnen und Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps. 85,11), gehört zu den Verheißungen von der zukünftigen Stadt Gottes. Die biblischen Bilder von Gottes zukünftiger Stadt schenken Christinnen und Christen Orientierung für die Wahrnehmung ihrer Weltverantwortung.

IV.1 Gottesfurcht und Menschenliebe prägen unsere bioethischen Voten und Entscheidungen

Je umfassender die Eingriffs- und Verfügungsmöglichkeiten in den Biowissenschaften und in der Medizin werden, desto genauer müssen wir Christinnen und Christen uns fragen, ob diese Möglichkeiten mit unserem Gottver-

trauen und Menschenbild vereinbar sind. Schnelle Antworten und augenscheinlich eindeutige Positionen erweisen sich im Diskurs mit Glaubensgeschwistern und mit Menschen anderer Weltanschauungen oft als vordergründig. Im Blick auf menschenfreundliche Regelungen ist es in einer pluralen Gesellschaft unvermeidbar, immer wieder um einen Konsens und eine Orientierung zu ringen. Auf zwei Diskussionen des vergangenen Jahres möchte ich eingehen.

1. Für schwangere Frauen wurden neue Bluttests entwickelt, die mit einer relativ hohen Genauigkeit Trisomie 21 beim Fötus nachweisen können. Dankenswerterweise hat die Vizepräsidentin auf eine damit verbundene Gefahr hingewiesen. Der unkomplizierte Bluttest könnte sich zu einem flächendeckenden Screening entwickeln mit der Folge: Die Mütter von Kindern mit Trisomie 21 werden sich rechtfertigen müssen, warum sie nicht einen Schwangerschaftsabbruch durchgeführt haben. Um dem zu wehren, halte ich es für wichtig, dass Christinnen und Christen sich und anderen deutlich machen: Jeder Mensch ist unabhängig von seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten Geschöpf und Ebenbild Gottes. Hier zeigt sich, wie wichtig der Themenschwerpunkt „Inklusion“ der rheinischen Synode in diesem Jahr ist!
2. Menschen sterben immer seltener zu Hause im Kreise der Angehörigen. Die Intensivmedizin entwickelt zunehmend Möglichkeiten, das Leben von Menschen zu verlängern. Viele Menschen haben Angst, dass sie in der letzten Phase ihres Lebens der Apparatedizin ausgeliefert sind und gegen ihren Willen am Leben erhalten werden. Wie sollen Angehörige sich entscheiden, wenn ein kranker Mensch eindeutig signalisiert, dass er sterben möchte und der Tod nicht eintritt? Wie kann man, wie soll man diesen Menschen auf seinem letzten Stück des Lebensweges begleiten?

Wir haben uns auf der vergangenen Synode mit den Fragen um die Begleitung des Sterbens beschäftigt. Eine Arbeitsgruppe „Theologische Fragen

zum Thema Suizid“ hat ihre Arbeit aufgenommen und wird der Synode 2014 berichten.

Auch hier sind einfache Antworten nicht möglich. Christinnen und Christen bekennen Gott als den Herrn über Leben und Tod. In Gottesfurcht und Menschenliebe stellen sie sich der Aufgabe, die Unverfügbarkeit über menschliches Leben zu wahren, zugleich aber die Würde und die Wünsche der Sterbenden zu achten. Dabei kann es sein, dass sie in einen ethischen Zwiespalt geraten, in dem sie nicht ohne Schuld handeln können. Es mag dann vielleicht Situationen geben, in denen auch Christinnen und Christen die Entscheidung von Menschen für ein selbst herbeigeführtes Sterben respektieren und ihnen eine mitfühlende und seelsorgliche Begleitung nicht verweigern.

Zugleich begrüße ich die Intention des Gesetzesentwurfs zur Sterbehilfe, die kommerzielle Hilfe zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen. Gottesfurcht und Menschenliebe bewegen uns dazu, einen profitorientierten Umgang mit dem Tod auf jeden Fall zu verhindern. Aber die nach dem Gesetzentwurf nicht verbotene „organisierte Sterbehilfe“ sehe ich kritisch. Die existentiell schwierigen Fragen bei der Sterbebegleitung gehören für mich in den geschützten Raum der Familien, der engen Freundschaft oder des umfassenden Vertrauens zwischen Sterbenden und den Menschen, die sie betreuen. Sie dürfen nicht anonymisiert werden, indem Organisationen – wenn auch ohne Geschäftsinteresse – sich darum sorgen.

„Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“ – die Jahreslosung macht uns gewiss, dass unser vergängliches Leben auf der Erde in Jesus Christus schon untrennbar gebunden ist an unvergängliches Leben im Gottesreich. Diese Gewissheit kann uns Gelassenheit und Mut schenken für die besonderen Herausforderungen in allen Grenzsituationen des Lebens.

IV.2 Der Auftrag, Gottes Schöpfung zu bewahren, motiviert unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Umweltpolitik

Die permanente Steigerung des Wachstums bestimmt nach wie vor die leitenden Ziele in Politik und Wirtschaft. Dabei gehört es zum Allgemeinwissen, dass die Grenzen des global verträglichen Wachstums überschritten sind. Ein deutlich wahrnehmbares politisches Gegensteuern ist allerdings erst in Anfängen zu erkennen. Unverändert gilt noch die Gleichung: Wachstum bedeutet Wohlstand.

Das Streben nach grenzenlosem Wachstum ist mit Gottes Auftrag, seine Schöpfung zu bewahren, nicht vereinbar. Christinnen und Christen setzen sich daher für ein neues Wohlstands- und Wachstumsdenken ein. Sie werben um die Akzeptanz einer „Ethik des Genug“ und einer „Ökonomie des Genug“. Sie streben nach einer Lebensqualität, die sich von Verschwendung und rein materieller Orientierung zu befreien sucht.

Die „Ethik des Genug“ hat alle im Blick. Es geht auch um ein Genug für das menschenwürdige Leben der Armen – über die Grenzen unseres Landes und Europas hinaus.

Die Energiewende hat bei der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft eine zentrale Funktion. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie im Jahre 2011 ist einer der Meilensteine für eine andere Energiezukunft. Deutschland ist auf dem Weg der Energiewende schon ein Stück vorgekommen. Aber die Kritik am Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG) und Einwände gegen die Energiewende haben in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Ein ernstzunehmender Kritikpunkt ist: Die Energiewende sei für viele Menschen nicht bezahlbar.

Steigende Kosten bei sinkenden Einkommen sind für viele Menschen auch in unserem Land eine Realität. Das ist ein ernstes gesellschaftliches Problem, das weit über Aspekte der Energiepolitik hinausgeht. Wir müssen nach Wegen suchen, die notwendige Energiewende sozial gerecht umzusetzen.

Gewinne und Lasten sind fair zu verteilen. Energie muss für alle bezahlbar bleiben.

Zur Glaubwürdigkeit unserer Kirche in diesem Bereich gehört, das eigene Handeln ökologisch auszurichten. Unter Beachtung der Vorgaben der Sparbeschlüsse und der laufenden Aufgabenkritik in der Landeskirche hat die Kirchenleitung beschlossen, eine auf fünf Jahre befristete Projektstelle einzurichten, die sich nicht zuletzt Impulsen aus der Synode verdankt. Die Projektstelle beinhaltet primär die Implementierung des kirchlichen Umweltmanagementsystems „Grüner Hahn“ in Kirchenkreisen, Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen sowie die Vorbereitungen eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Evangelische Kirche im Rheinland.

Unsere Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes kann und darf nicht bedeuten, dass wir der Zerstörung unserer Erde tatenlos zusehen. Die Verantwortung, zu der Gott uns Menschen auf Erden beauftragt und befähigt hat, steht gerade nicht in Konkurrenz zu unserem Auferstehungsglauben. Die uns von Gott verheißene Zukunft im himmlischen Gottesreich ist uns Ansporn und Kraftquelle, unseren Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung hier auf der Erde zu erfüllen.

IV.3 Wir suchen nach Schritten zu gerechtem Frieden, damit Gottes Frieden auf Erden Wurzeln schlagen kann

„Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ (Lukas 2,14) – das sangen die Engel in der Heiligen Nacht den Menschen zu. Gott in der Höhe zu ehren ist auch für unsere Kirche immer damit verbunden, nach Wegen zu einem gerechten Frieden auf Erden zu suchen. Drei mir gegenwärtig wichtige Aufgabenfelder will ich ansprechen:

1. Friedensarbeit findet auch bei uns vor Ort statt: „Flucht ist kein Verbrechen“, lautete eine der zentralen Thesen der 14. Europäischen Asyl-

rechtstagung, die im Herbst in Warschau stattfand. Die Einrichtung von Haftanstalten für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen ist eine Schande für uns und für die Europäische Union, die im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Auch bei uns im Rheinland ankommende Asylbewerber werden teilweise in solche EU-Staaten überstellt, in denen sie in Haft genommen werden.

Wir dürfen nicht nachlassen in unserem politischen Bemühen: Menschenrechtliche Mindeststandards müssen in allen EU-Staaten eingehalten werden, sonst machen auch wir uns hier in Deutschland mitschuldig an dem Unrecht, das Asylbewerberinnen und -bewerbern angetan wird. Die geplante Neufassung der EU-Asyl-Aufnahmerichtlinie, die die Inhaftierung von Asylsuchenden während des Asylverfahrens aus unzureichenden Gründen legalisieren würde, muss auf unseren deutlichen Widerspruch treffen. Auch die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen ist nicht hinnehmbar. Und wir werden im Blick behalten müssen, ob und inwieweit sich Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (kurz Frontex, aus dem Französischen für *Frontières extérieures*) an die Menschenrechte hält.

Auf schreiendes Unrecht und massive Menschenrechtsverletzungen in einem Staat an den EU-Außengrenzen will ich exemplarisch aufmerksam machen. Wir kennen sie Dank des Engagements und der Zusammenarbeit rheinischer Kirchenkreise mit der „Eglise Evangélique au Maroc“.

Flüchtlinge aus anderen Staaten Afrikas werden in Marokko aufgegriffen, in die Wüste gebracht, geschlagen und verletzt, in Käfige gesteckt und zum Sterben ausgesetzt. Mitglieder der marokkanischen evangelischen Kirche, die sich seit Jahren um Flüchtlinge kümmern, werden daran gehindert, Hilfe zu leisten. Ich appelliere an die Bundesregierung, durch die EU auf Marokko einzuwirken, damit die Menschenrechte im Rahmen der Kooperation zwischen diesem Land und der EU garantiert werden. Und

die rheinischen Kirchenkreise, die der kleinen Evangelischen Kirche in Marokko beistehen, verdienen unseren Dank und unsere Unterstützung. Sie nehmen mit diesem Engagement Ernst, was Jesus uns durch das Matthäusevangelium ins Stammbuch schreibt:

„Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen und ihr seid zu mir gekommen.“ (Mt 25,35f), sagt Jesus und identifiziert sich mit den Fremden, die Schutz und Beistand in einem anderen Land suchten.

2. Weltweit schockieren uns Nachrichten von Terror und Krieg. Mit großer Sorge sehen wir dabei auf den immer weiter eskalierenden Bürgerkrieg in Syrien, dem nun schon zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Auch für die Christinnen und Christen in der Region bringt der syrische Bürgerkrieg erhebliche Bedrängnisse und Ängste mit sich. Scheinbar ausweglos erscheint der Konflikt zwischen dem brutalen Regime der Assad-Diktatur und einer ins Chaos driftenden Zersplitterung des Landes. Und dabei schüren Waffenlieferungen in die Region den Krieg immer weiter. Ich halte es für unverantwortlich, dass Länder wie Ägypten oder Saudi-Arabien mit Waffen auch aus unserem Land immer weiter aufgerüstet werden. Die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) hat in ihrem jüngsten Bericht die Praxis deutscher Waffenexporte analysiert und kritisiert. Ich fordere die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Genehmigung von Waffenexporten transparenter unter Kontrolle des Parlamentes zu ordnen und den Richtlinien für Waffenexporte gesetzliche Qualität zu geben. Mit der bisherigen Praxis jagen wir nicht dem Frieden (vgl. Hebr 12,14) nach, mit ihr gießen wir Öl in brennende Feuer.
3. Mit großer Sorge erfüllt viele Menschen die bis an die Grenze der Hoffnungslosigkeit zugespitzte Lage zwischen Palästina und Israel. Dabei müssen wir aber bereit sein, die Komplexität dieses Konflikts auszuhal-

ten: Hisbollah, Hamas und nicht zuletzt der Iran mit ihren unverhohlenen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel versperren den Weg zu Verhandlungen. Dazu gehören auch arabische Staaten, die palästinensische Flüchtlinge zur Durchsetzung eigener Interessen instrumentalisieren.

Ebenso ist die andauernde Besatzung und die Siedlungspolitik der derzeitigen Regierung Israels ein Sperrwall auf dem Weg zu Friedensverhandlungen. Diese Politik ist Unrecht und durch nichts gerechtfertigt. Auch innerhalb Israels mehren sich die Stimmen, die hierin letztlich eine Gefahr für den jüdischen Staat selber sehen.

Trotz der berechtigten Kritik an dieser Politik der gegenwärtigen Regierung Israels halte ich hier nichts von einseitigen Schuldzuweisungen. Boykott-Aufrufe, wie sie im vergangenen Jahr beispielsweise Pax-Christi formuliert hat und wie sie auch von der Solidarischen Kirche im Rheinland aufgegriffen wurden, sind meines Erachtens nicht hilfreich. Zu schnell führen solche Forderungen an die Seite derer, die die Existenzberechtigung des Staates Israel und nicht nur einen konkreten Aspekt seiner derzeitigen Politik in Frage stellen.

„Lass ab vom Bösen und tu Gutes; suche Frieden und jage ihm nach!“, ruft der Psalmbeter (Ps 34,15; vgl. auch 1. Petr 3,11). Der Psalm konkretisiert damit, was es heißt, in unserer noch unerlösten Welt keine bleibende Stadt zu haben, sondern die zukünftige zu suchen. Wir suchen die zukünftige Stadt, *indem* wir Frieden suchen und ihm nachjagen. Gottes Friedensweisung ist klar, und gerade deshalb bleibt die Friedensarbeit eine der zentralen Herausforderungen für uns als Kirche.

IV.4 Gottes besondere Liebe für Benachteiligte motiviert uns immer wieder neu nach sozialer Gerechtigkeit zu suchen

Die Sorge darum, dass es um die soziale Gerechtigkeit in unserem Lande unzureichend bestellt sei, weil sich die Schere zwischen Armen und Reichen stets weiter öffnet, ist leider seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil meines Berichtes. Das Ringen um mehr soziale Gerechtigkeit spiegelt sich nicht nur in der politischen Diskussion oder in den kommunalen Strukturprogrammen wieder, sondern beeinflusst auch das kirchliche Leben vor Ort. Neben den diakonischen Einrichtungen bemühen sich viele Kirchengemeinden, mit besonderen Angeboten die sozial Benachteiligten zu unterstützen.

Das Diakonische Werk der EKD kritisierte einen „grundlegenden sozialpolitischen Perspektivwechsel“ der Regierung. Ihr „Armutsbericht“ würde Armutsprobleme in unserem Land nicht angemessen darstellen. „Statt aktiv zu handeln, Regelsätze zu erhöhen, Mindestlöhne einzuführen, Kinderarmut zu beseitigen, streicht man einfach Sätze im Armutsbericht“, rügte die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Um in Zukunft realitätsnähere Aussagen zu formulieren, schlug das Diakonische Werk vor, die Armutsberichte künftig von einem unabhängigen Sachverständigenrat erstellen zu lassen, dem Wissenschaftler, Sozialverbände und die Deutsche Armutskonferenz angehören sollten. Dem schließe ich mich gerne an!

Die rheinische Kirche unterstützt Aktivitäten der Landesregierungen und Kommunen zur Bekämpfung der Armut und dringt auf verbindliche Verabredungen und Zielsetzungen. Das NRW-Programm „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, ein Projekt der Staatskanzlei gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung, gibt die richtige Richtung vor. Ich begrüße den Ansatz der sozialen Prävention und den Aufbau von Präventionsketten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kirche und Diakonie pflegen und suchen die Gespräche zu den Verantwortlichen dieses Programms auf der Landesebene und in den Modellkommunen (Dormagen, Duisburg, Düsseldorf, Kreis Düren, Moers, Mönchengladbach, Oberhausen, Wuppertal).

Ein Hauptgrund für Armut ist verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Gerade an diese armen Menschen wenden sich die Angebote des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes. Es ist mir völlig unverständlich, dass die Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung im Rahmen des Sparpaketes der Bundesregierung seit 2010 drastisch zurückgefahren wurden und werden. Ein leistungsfähiger sozialer Arbeitsmarkt bricht zunehmend weg. Arbeitslose Menschen werden ihrer letzten gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten in weiten Teilen beraubt.

Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Kirche der Pfalz und der Aktion Arbeit im Bistum Trier hat unsere rheinische Kirche eine qualitative Forschungsstudie zu den Kürzungen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit bei der Arbeitsmarktpolitik in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Studie (Laufzeit April 2012 bis April 2013) sollen noch in diesem Jahre veröffentlicht werden. Ich setze auf eine kritische politische Diskussion. Das Fördern der Menschen, die lange arbeitslos sind, muss von der Politik neu entdeckt werden!

Aktiv hat sich die Evangelische Kirche im Rheinland in einem besonderen Aufgabenfeld in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit engagiert: Inklusion ist Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft. Mit Inklusion sind zentrale kirchliche Anliegen angesprochen. Es geht um die Wertschätzung von Vielfalt. Es geht um die Normalität eines begrenzten und verletzlichen Lebens. Es geht darum, die Würde des Menschen als eine unverfügbare und unverlierbare Gabe Gottes, nicht abhängig von Eigenschaften oder Lebensbedingungen, zu verstehen. Vielfalt und Gemeinschaft sind die beiden grundlegenden Aspekte des Inklusionsgedankens, der sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen bezieht. Auch die Genderfragen, das Verhältnis der Generationen zu einander, die Debatte um Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft können von dieser Diskussion um Inklusion profitieren. Inklusion geht es um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch um Teilhabe am Leben unserer Kirchengemeinden.

Zu dieser Teilhabe gehört auch die Frage, wie wir Bildung und Lernen in allen Bildungsbereichen inklusiv denken und ermöglichen können. Das Gelingen von Inklusion im Bildungsbereich hängt allerdings wesentlich von der personellen und räumlich-sächlichen Ausstattung der Schulen ab. Und nur bei entsprechender Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer können die sehr unterschiedlichen Aspekte von Verschiedenheit in einer Schulform berücksichtigt werden. Inklusion geht nur mit Bereitschaft zum deutlich verstärkten Mitteleinsatz. Meines Erachtens widersprechen besondere Förderschulen für besondere Behinderungen keineswegs dem Anliegen und den Zielen der Inklusion. Gut ausgestattete und fachlich spezialisierte Förderschulen dürfen nicht vorschnell einer vordergründigen Interpretation von Inklusion geopfert werden. Vielmehr könnten noch sehr viel mehr Bereiche der Zusammenarbeit von Regel- und Förderschulen entwickelt werden.

Die Bibel bezeugt uns in den Schriften des Alten und des Neuen Testaments die ganz besondere Liebe Gottes zu den Armen, Unterdrückten und Ausgegrenzten. In unserer Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes sind wir Christinnen und Christen deshalb zur Mitleidenschaft mit allen benachteiligten Menschen gerufen. Wir können als Kirche nicht von der Gnadenfülle und Lebensfreundlichkeit Gottes predigen und tatenlos zusehen, wie Menschen an ihren eingeschränkten Lebensmöglichkeiten verzweifeln.

V. Persönliche Schlussbemerkungen

Auch ich habe hier keine bleibende Stadt. Die Jahreslosung gilt für mich und meine Familie in ganz unmittelbarer Weise: Mein Dienst als Präses endet am 3. März 2013, und diese Synode wird den neuen oder die neue Präses wählen.

Das Ende des Dienstes als Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland ist für mich nicht nur ein kalendarisches Datum. Ich werde Abschied nehmen

müssen von vielen Menschen, Orten und Aufgabenfeldern, die mir Heimat waren und mit bzw. in denen ich die zukünftige Stadt Gottes gesucht habe.

Mein Ausscheiden aus dem Amt hatte ich mir bei Beginn meines Präsesdienstes anders gewünscht. Man kann wirklich nicht sagen, dass das „Haus“ nun geordnet und bestellt sei. Ich habe eher den Eindruck, dass der nun anstehende Übergang wie ein Wechseln der Pferde mitten im Fluss ist. Viele Prozesse sind noch nicht abgeschlossen und werden erst in den kommenden Jahren zu bewältigen sein: der NKF-Prozess, die Aufgabenkritik, die Verwaltungsstrukturreform, die Bearbeitung der Konsequenzen, die aus der bbz-Krise zu ziehen sind.

Aber bei all den ungelösten Aufgaben ist der Rückblick auf die vergangenen Amtsjahre für mich Anlass zu großer persönlicher Dankbarkeit.

Danken möchte ich für die Gemeinschaft, die ich in der rheinischen Kirche erfahren habe, für die Zeichen der Verbundenheit und Nähe auch über alle Dienstgeschäfte hinaus. Das durften meine Frau und ich insbesondere in der schweren Zeit unseres Lebens erfahren, als unsere jüngste Tochter Meike starb. Und ich danke auch für die mitfühlende, mitdenkende und stärkende Weggemeinschaft während meiner Krankheit im Herbst des letzten Jahres.

Im Landeskirchenamt, in Präseskanzlei und Pressestelle, im Kollegium, in der Kirchenleitung, bei meinen Gemeinde- und Kirchenkreisbesuchen, in der Superintendentenkonferenz, auf unseren Synoden und nicht zuletzt auch im Kreis der über Kirche berichtenden Journalistinnen und Journalisten:

Mich trug und mich trägt das Vertrauen, dass wir Kirche geschwisterlich miteinander leben – mit allen Konflikten und trotz aller Meinungsverschiedenheiten. Denn auch kritische Gespräche haben mich weitergeführt. Und mir ist bewusst, dass ich während der letzten zehn Jahre Menschen auch enttäuscht, verärgert oder verletzt habe.

Alle diejenigen, denen ich nicht gerecht geworden bin, bitte ich um Entschuldigung und freundliche Nachsicht mit meinen Schwächen.

Dank gilt aber auch meiner Familie und insbesondere meiner Frau. Sie hat großen Anteil an der Art, wie ich das Präsesamt ausgeübt habe. Nicht zuletzt hat sie mein theologisches Denken, Reden und Predigen mit geprägt. Eines der Kennzeichen der rheinischen Kirchenordnung, dem Geist Gottes in kollegialer Beratung Raum zu geben und ihn nicht auf ein Weihe-Amt zu beschränken, haben wir auch innerfamiliär in unserer Kleinfamilie praktiziert und schätzen gelernt!

Ich habe Kirche niemals allein als mein Berufsfeld gesehen und erfahren. Sie war für mich immer ein Lebensraum, der meinen beruflichen und meinen privaten Alltag mit vielen Glaubensgeschwistern und mit der gemeinsamen Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes verbindet. Die rheinische Kirche ist mir dabei auf allen Ebenen mehr als 50 Jahre eine verlässliche Heimat.

Als die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland mich vor zehn Jahren zum Präses wählte, habe ich darin auch einen Auftrag des Herrn der Kirche selbst gesehen. Ich wusste und weiß mich auch in Zukunft mit der ganzen Gemeinde Gottes gerufen und beauftragt, durch alle meine Aktivitäten, durch all mein Tun und Lassen die zukünftige Stadt Gottes zu suchen und mich nicht an Vertrautes zu klammern. Seit meiner Ordination bestimmt dabei das Wort des Apostels Paulus aus Philipper 3,12 meinen Weg: „Nicht, dass ich's schon ergriffen habe oder schon vollkommen sei; ich jage ihm aber nach, ob ich's wohl ergreifen könnte, weil ich von Christus Jesus ergriffen bin“. Gott segne Sie alle!